

Amt der Wiener Landesregierung

MD-1614-2/86

Wien, 28. August 1986

Entwurf eines Bundesgesetzes,
 mit dem das Familienlastenaus-
 gleichsgesetz 1976 geändert
 wird;
 Begutachtungsverfahren;
 Stellungnahme

51-03/86

02.09.1986

3. Sep. 1986 *Reichenbacher**Dr. Müller*

An das
 Präsidium des Nationalrates

Das Amt der Wiener Landesregierung beeht sich, in der Beilage
 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff ge-
 nannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

Für den Landesamtsdirektor:

Peischl

Dr. Peischl
 Magistratsvizedirektor

Amt der Wiener Landesregierung

MD-1614-2/86

Wien, 28. August 1986

Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Familienlastenaus-
gleichsgesetz 1976 geändert
wird;
Begutachtungsverfahren;
Stellungnahme

zu GZ 23 0102/2-II/3/86

An das
Bundesministerium für
Familie, Jugend und
Konsumentenschutz

Auf das do. Schreiben vom 14. Juli 1986 beeckt sich das Amt der Wiener Landesregierung bekanntzugeben, daß gegen den im Betreff genannten Gesetzentwurf keine Bedenken bestehen. Es darf aber darauf hingewiesen werden, daß der im § 34 Abs. 5 des Entwurfes verwendete Begriff "beschränkt entmündigt" zu folge des Bundesgesetzes über die Sachwalterschaft für behinderte Personen, BGBI. Nr. 136/1983, nicht mehr der geltenden Rechtssprache angehört.

Unter einem werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Peischl
Magistratsvizedirektor